

Länder ziehen für starke gemeinsame Agrarpolitik an einem Strang

12.6.2026 - | Land Tirol

AgrarreferentInnenkonferenz in Tirol.

- Waldfondsnachfolge sichert Investitionen in klimafitte Wälder und Schutzmaßnahmen
- Weiterentwicklung des Tiergesundheitsdienstes
- Novellierung der Rinder- und Rotwild-TBC-Verordnungen

Heute, Freitag, fand im Innsbrucker Landhaus die AgrarreferentInnenkonferenz unter dem Vorsitz von Tirols Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die aktuellen Entwicklungen der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU, die langfristige Absicherung wichtiger Förderinstrumente für die Land- und Forstwirtschaft sowie aktuelle Herausforderungen im Bereich Tiergesundheit und Veterinärwesen. Darüber hinaus befassten sich die politischen VertreterInnen der Bundesländer mit der zukünftigen Ausrichtung der Laboranalytik in Österreich. An der Konferenz nahm auch Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig teil.

„Die heutige LandwirtschaftsreferentInnenkonferenz sendet ein klares Signal: Wir stehen an der Seite unserer Bäuerinnen und Bauern, wir sichern wichtige Zukunftsinvestitionen und wir sorgen dafür, dass die Landwirtschaft auch künftig die Unterstützung bekommt, die sie verdient. Wer regionale Lebensmittel will, braucht regionale Landwirtschaft. Wer Versorgungssicherheit will, braucht starke Bauernhöfe. Und wer lebenswerte Regionen will, braucht eine starke Land- und Forstwirtschaft“, betonte BM Totschnig.

Gemeinsame Agrarpolitik bleibt Rückgrat der Landwirtschaft

Die künftige Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU nach 2027 war ein zentraler Schwerpunkt der Konferenz. Angesichts steigender Kosten, zunehmender Wetterextreme, geopolitischer Unsicherheiten und volatiler Märkte brauche die Landwirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen und langfristige Planungssicherheit.

„Die Diskussion über die Zukunft der GAP-Fördermittel wird in den kommenden Monaten auf europäischer Ebene entscheidend sein. Für Österreich ist und bleibt die Gemeinsame Agrarpolitik das Rückgrat der Landwirtschaft. Die Mittel garantieren Versorgungssicherheit, stärken den ländlichen Raum und schaffen Planungssicherheit für unsere bäuerlichen Familienbetriebe. Deshalb darf es bei den Agrarmitteln keine Kürzungen geben“, hält Minister Totschnig fest.

Die rund drei Milliarden Euro an GAP-Mitteln bilden die Grundlage für zentrale Förderinstrumente wie das Agrarumweltprogramm ÖPUL, die Unterstützung der biologischen Landwirtschaft, die Investitionsförderung und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete.

„Gerade für Tirol mit seiner kleinstrukturierten Landwirtschaft und den besonderen Herausforderungen im Berggebiet ist eine starke Gemeinsame Agrarpolitik von zentraler Bedeutung. Die Ausgleichszulage und weitere Instrumente der GAP leisten einen unverzichtbaren Beitrag dazu, dass die Bewirtschaftung unserer Almen und Bergbauernhöfe auch künftig möglich bleibt“, ergänzt LHStv Geisler.

Waldfonds wird weitergeführt

Breiten Raum nahm auch die Zukunft des Waldfonds ein. Ursprünglich wäre er mit Ende des Jahres ausgelaufen. Die AgrarreferentInnen begrüßten die Waldfondsnachfolge sowie die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von 54 Millionen Euro für die kommenden beiden Jahre.

„Der Waldfonds hat bisher gerade in den westlichen Bundesländern eine starke Wirkung gezeigt. In Tirol konnten mit Unterstützung des Waldfonds bereits rund 9,6 Millionen Bäume gepflanzt und knapp 3.900 Hektar Waldfläche aufgeforstet werden. In Vorarlberg wurden fast 400.000 Bäume gepflanzt und rund 160 Hektar Wald erneuert. Das sind Investitionen in den Aufbau klimafitter und widerstandsfähiger Wälder“, erklärt Minister Totschnig.

Für Tirol habe der bisherige Waldfonds und auch die Waldfondsnachfolge besondere Bedeutung, betont LHStv Geisler: „Die vergangenen Jahre waren durch zahlreiche Schadereignisse geprägt. Borkenkäfer, Stürme und Extremwetter haben unsere Wälder stark gefordert. Auch wenn im vergangenen Jahr große flächige Schadereignisse ausgeblieben sind, fielen in Tirol rund 500.000 Kubikmeter Schadholz an. Allein der unmittelbare finanzielle Schaden durch Borkenkäfer, Sturm, Schnee, Muren und Lawinen lag bei rund 19 Millionen Euro. Investitionen in Schutzwaldpflege, Wiederbewaldung und Klimawandelanpassung sind daher Investitionen in die Sicherheit unserer Bevölkerung.“

Über die Förderprogramme des Landesforstdienstes und des Landschaftsdienstes wurden im Jahr 2025 Investitionen von knapp 30 Millionen Euro ausgelöst. Die Mittel flossen unter anderem in die Schutzwaldpflege, Wiederbewaldung, Biodiversitätsmaßnahmen, die Anpassung an den Klimawandel sowie in die Weiterentwicklung des Erholungsraums Wald. Ohne den Waldfonds wären diese Maßnahmen nicht finanzierbar gewesen.

Tiergesundheit: Modernisierung des Tiergesundheitsdienstes und Anpassung der TBC-Verordnungen

Auch Fragen der Tiergesundheit standen auf der Tagesordnung der LandwirtschaftsreferentInnen. Thema war unter anderem die geplante Weiterentwicklung des Tiergesundheitsdienstes im Rahmen des Zukunftsprozesses „TGD 2035“, der bereits im Juli gestartet werden soll. Ziel ist eine Modernisierung des Systems, unter anderem durch Digitalisierungsschritte, die Vereinfachung administrativer Abläufe sowie die Sicherstellung einer flächendeckenden tierärztlichen Betreuung.

„Der Tiergesundheitsdienst ist seit Jahrzehnten ein wichtiger Baustein für Tiergesundheit, Lebensmittelsicherheit und Qualitätssicherung. Die Rahmenbedingungen haben sich aber wesentlich verändert. Deshalb braucht es eine zeitgemäße Weiterentwicklung, die den Betrieben und Tierärztinnen und Tierärzten gleichermaßen zugutekommt“, erklärt LR Christian Gantner (Vorarlberg).

Thema war zudem - wie auch bereits in der gestrigen LandesveterinärreferentInnenkonferenz - die Rinder- und Rotwildtuberkulose. Die AgrarreferentInnen unterstützten die bereits gestern von der LandesveterinärreferentInnenkonferenz formulierte Forderung nach einer raschen Anpassung der bestehenden Rechtsgrundlagen.

„Die fachlichen Vorarbeiten liegen vor. Nun braucht es eine rasche Umsetzung der notwendigen Novellierungen, damit die rechtlichen Rahmenbedingungen den aktuellen Entwicklungen im Bereich der Rinder- und Rotwildtuberkulose entsprechen“, betonen LHStv Geisler und LR Gantner. Weiter Informationen dazu finden sich in der Pressemeldung vom 11.06.2026.

Laboranalytik: Länder unterstützen Bedarfsanalyse

Ein weiteres Thema war die zukünftige Ausrichtung der veterinärmedizinischen Laboranalytik in

Österreich. Die Länder begrüßen die Pläne des Bundes, eine gesamtstaatliche Bedarfsanalyse durchzuführen, um Potenziale für eine effizientere Nutzung bestehender Ressourcen und eine noch bessere Zusammenarbeit zu identifizieren.

<https://www.tirol.gv.at/presse/meldungen/meldung/laender-ziehen-fuer-starke-gemeinsame-agrarpolitik-an-einem-strang>